

N i e d e r s c h r i f t
über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung
des Unterausschusses „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“
des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
am 20. August 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes	
	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - <u>Drs. 19/6273</u>	
	(abgesetzt).....	3
2.	Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Sanierung und Ausbau der JVA Hannover mit Hochsicherheitssaal“	
	<i>Unterrichtung</i>	4
	<i>Aussprache</i>	5
3.	Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im niedersächsischen Justizvollzug	7
4.	Parlamentarische Informationsreise	
	<i>Information über den Planungsstand</i>	8

Anwesend:

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Dennis Jahn (AfD), Vorsitzender
2. Abg. Antonia Hillberg (SPD)
3. Abg. Gerd Hujahn (SPD)
4. Abg. Jan Schröder (SPD)
5. Abg. Tim Julian Wook (SPD)
6. Abg. Christian Calderone (CDU)
7. Abg. Martina Machulla (CDU)
8. Abg. Barbara Otte-Kinast (CDU)
9. Abg. Evrim Camuz (in Vertretung des Abg. Volker Bajus) (GRÜNE)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsoberamtsrat Gutzler.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:00 Uhr bis 14:30 Uhr und 15:19 Uhr bis 15:34 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/6273](#)

erste Beratung: 57. Plenarsitzung am 29.01.2025

AfRuV,

vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAJustV

Beginn der vorbereitenden Beratung (Verfahrensfragen): 24. Sitzung am 19.03.2025

Auf Antrag des Abg. **Dennis Jahn** (AfD) setzt der **Unterausschuss** diesen Punkt von der Tagesordnung ab, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die gestern eingegangene Stellungnahme der Landesregierung (Vorlage 2) auszuwerten.

Tagesordnungspunkt 2:

Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Sanierung und Ausbau der JVA Hannover mit Hochsicherheitssaal“

Das Justizministerium (MJ) unterrichtete den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen in dessen 60. Sitzung am 18. Juni 2025 über erste Überlegungen zur Sanierung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hannover und zum Bau eines Hochsicherheitssaals auf dem Gelände der JVA. Zugleich kündigte das MJ an, diesen Unterausschuss über die Planungen, soweit sie den Justizvollzug betreffen, zu informieren.

Unterrichtung

Die Leiterin des für Bauangelegenheiten des Justizvollzuges zuständigen Referates 304, Leitende Ministerialrätin **Meyer** (MJ) betont, die komplexen Planungen dieses Großvorhabens ständen noch am Anfang. Deshalb werde sie heute keine detaillierte Bauplanung vorlegen, sondern erste konzeptionelle Überlegungen skizzieren, die in der Abstimmung zwischen MJ, Finanzministerium (MF), JVA Hannover und Staatlichem Baumanagement (SB) angestellt worden seien.

Bauliche Situation der Hauptanstalt der JVA Hannover

Frau Meyer erinnert an den Besuch des Unterausschusses in der JVA Hannover in der 3. Sitzung am 13. Januar 2023 und an den prekären baulichen Zustand der Anstalt, der dabei deutlich geworden sei. Von einer zeitgemäßen Unterbringung der Gefangenen könne keine Rede sein, und die Bediensteten fänden keine angemessene Arbeitsumgebung vor.

Planung einer vollständigen und grundlegenden Sanierung

Die Ministerialvertreterin legt dar, Ziel des MJ sei, schnellstmöglich eine moderne und hochfunktionale JVA zu realisieren. Geplant sei, im laufenden Betrieb marode Gebäude abzubrechen und Neubauten zu errichten. Von den vorhandenen Gebäuden könnten nur wenige ertüchtigt und erhalten werden.

In einer ersten Baumassenstudie habe das SB die städtebauliche Einbindung und die Funktionsabläufe berücksichtigt. Es sei vorgesehen, die Bereiche Besuch, Zuführung, Entlassung, Haft, Arbeit/Bildung, Verwaltung und Versorgung klar voneinander zu trennen. Dass dies momentan nicht durchgängig gewährleistet sei, habe sich daraus ergeben, dass in die Hauptanstalt an der Schulenburger Landstraße der benachbarte Bereich Rehagen integriert worden sei, der früher als Bildungseinrichtung bezeichnet worden sei.

Die neugestaltete Anstalt solle heutigen Standards entsprechen. Um sowohl den Gefangenen als auch den Bediensteten ein sicheres Umfeld zu bieten, werde man Aspekte der Gewaltprävention bei diesen Planungen volumnäßig berücksichtigen. Die Kapazität solle um rund 200 auf 800 Haftplätze erweitert werden. Die Energieversorgung solle dem gesetzlichen Ziel der Klimaneutralität entsprechen.

Nach erster Einschätzung der Bauverwaltung sei es möglich, die angestrebten Funktionen und die 800 Haftplätze auf dem vorhandenen Gelände zu realisieren. Nach einer Konkretisierung des Bedarfs werde es darum gehen, Flächen zu verteilen und Baukörper zu gestalten.

Um den Bauablauf zu beschleunigen, erwäge man, die Hafthäuser in Modulbauweise zu errichten. Dann würden die einzelnen Hafträume - Wände, Decken und Fußböden, Nasszelle und haustechnische Installationen - außerhalb der Anstalt vorgefertigt und auf dem Gelände zusammengefügt. Auch für die übrigen Neubauten strebe man einen hohen Vorfertigungsgrad an. Insofern gebe es vielfältige bautechnische Möglichkeiten, die ergebnisoffen untersucht würden.

Während der Bauzeit könne der Betrieb der Anstalt nicht unterbrochen werden. Jederzeit müssten mindestens rund 550 Haftplätze vorgehalten werden. Das sei mit logistischen und organisatorischen Herausforderungen verbunden, zumal die Unterhaltung der Bestandsgebäude nicht auf null zurückgefahren werden könne. Die Baumaßnahme müsse deshalb in mehrere Abschnitte gegliedert werden.

Verfahren

Frau Meyer berichtet, in einem Auftaktgespräch am 28. Februar 2028 hätten MJ, MF, JVA und SB Hannover ihre Vorstellungen synchronisiert und die nächsten Schritte geplant. Bei einem Arbeitstreffen am 6. März 2025 hätten MJ und JVA definiert, welche Anforderungen eine moderne JVA erfüllen müsse, um einen zeitgemäßen Justizvollzug mit baulich-administrativer sowie technischer Sicherheit zu verbinden. Dabei sei es auch darum gegangen, die Vorstellungen des Justizvollzuges in Bezug auf funktionale Abläufe und Trennungserfordernisse festzulegen.

Nachdem MF und SB sich intensiv mit diesen Überlegungen beschäftigt hätten, habe die Bauverwaltung erste Skizzen gefertigt und am 5. Mai 2025 vorgestellt. Dabei habe sich gezeigt, dass Bau- und Justizverwaltung zu einem gemeinsamen Verständnis der anstehenden Aufgabe gelangt seien. Ihre Änderungs- und Ergänzungsvorschläge habe die Justizseite am 10. Juni 2025 der Bauverwaltung mitgeteilt.

Das nächste Abstimmungsgespräch zwischen MF, SB und MJ sei für den 26. August 2025 geplant. Dann werde es darum gehen, die Masterplanung fortzuführen und die künftige Projektstruktur vorzubereiten.

Aussprache

Kosten und Zeitplan

Abg. **Martina Machulla** (CDU) fragt, was das Bauvorhaben kosten solle, wann mit der Baumaßnahme begonnen werden solle und wie lange sie dauern solle.

LMR'in **Meyer** (MJ) berichtet, sie sei seit 17 Jahren mit Bauangelegenheiten befasst. In dieser Zeit sei kein Vorhaben so schnell vorangekommen wie das Projekt der Erneuerung der JVA Hannover in den letzten sechs Monaten. Allen Beteiligten, auch dem MF, sei klar, dass dieses Projekt schnell umgesetzt werden müsse.

Zu den Kosten und dem zeitlichen Ablauf könne man beim gegenwärtigen Planungsstand noch keine belastbaren Aussagen machen. Klar sei jedoch bereits, dass man diejenigen Neubauten, die am dringendsten benötigt würden, zuerst verwirklichen wolle, insbesondere die Hafthäuser und den Hochsicherheitssaal.

Schaffung von Haftplätzen in Modulbauweise

Abg. **Christian Calderone** (CDU) zeigt sich erstaunt darüber, dass das MJ erwäge, die neuen Hafthäuser in Modulbauweise errichten zu lassen, nachdem es gerade erst aus Kosten- und Effizienzgründen davon Abstand genommen habe, das abgerissene Hafthaus 2 durch einen Neubau in Modulbauweise zu ersetzen.

LMR'in **Meyer** (MJ) erläutert, Haftplätze in Modulbauweise seien in Niedersachsen zunächst in der JVA Meppen geschaffen worden. Man habe geplant, dieselbe Bauweise auch beim Ersatzbau für das Hafthaus 2 anzuwenden. Es gebe jedoch auch andere modulare Bauweisen, die nun ebenfalls für den Neubau der JVA Hannover in Betracht gezogen würden.

Hochsicherheitsgebäude

Abg. **Martina Machulla** (CDU) erinnert daran, dass bislang geplant gewesen sei, den Hochsicherheitssaal in Celle zu errichten. Sie fragt nach dem Planungsprozess für den Saal in Hannover.

LMR'in **Meyer** (MJ) teilt mit, es stehe bereits fest, dass der Plan, den Saal auf dem Gelände der JVA Hannover zu errichten, hinsichtlich der Flächen und der Abläufe realisierbar sei. Eine Delegation des MJ sei nach München und Stuttgart gereist, um die Hochsicherheitssäle der dortigen Oberlandesgerichte zu besichtigen und den Rat der dort Zuständigen einzuholen.

Abg. **Christian Calderone** (CDU) befürchtet, dass die Integration des Hochsicherheitsgebäudes in die Liegenschaft der JVA Hannover das Gesamtvorhaben verlangsamen werde.

LMR'in **Meyer** (MJ) erwartet, dass Planung und Bau des Gerichtssaales die Erneuerung der JVA Hannover weder beschleunigen noch verlangsamen würden. Sie erklärt, der Justizvollzug freue sich auf die Möglichkeit, Strafverfahren gegen Extremisten oder Angeklagte aus der organisierten Kriminalität auf dem Gelände der JVA Hannover durchzuführen. Denn der Transport von Untersuchungsgefangenen zu Gerichtsterminen sei personalintensiv und ein Sicherheitsrisiko.

Abg. **Christian Calderone** (CDU) gibt zu bedenken, dass man bei Verfahren gegen mehrere Angeklagte nicht alle in der JVA Hannover unterbringen könne, sondern die einzelnen Untersuchungsgefangenen voneinander trennen müsse. Daher werde mit der Errichtung eines Saals auf der Liegenschaft der JVA Hannover die Notwendigkeit von Gefangenentransporten nur zurückgehen, aber nicht wegfallen.

LMR'in **Meyer** (MJ) stimmt dem zu, weist aber darauf hin, dass mit dem Saal auf dem Gelände der JVA Hannover die Notwendigkeit entfalle, Gefangene aus anderen Städten am Morgen des Prozesstages zuzuführen und am Nachmittag zurückzufahren. Man könne auch einzelne Übernachtungen in Hannover einplanen. Mögliche Angreifer könnten daher den Zeitpunkt von Gefangenentransporten nicht so leicht vorhersehen.

Tagesordnungspunkt 3:

Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im niedersächsischen Justizvollzug

Evakuierung eines Hafthauses der JVA Hannover infolge eines Wasserschadens

Abg. **Christian Calderone** (CDU) kommt auf einen Vermerk vom 8. Juli 2025 zu sprechen, in dem das MJ den Unterausschuss über einen Wasserschaden im Unterkunftshaus 6 der JVA Hannover unterrichtete und ankündigte, das Hafthaus bis zum nächsten Tag zu räumen. Der Abgeordnete fragt, ob das Haus kurzfristig saniert werden solle, um den Engpass an Hafträumen auszugleichen.

LMR'in **Meyer** (MJ), legt dar, im Jugendvollzug sei der Belegungsdruck längst nicht so hoch wie im Erwachsenenvollzug. Deshalb könne man es sich leisten, ein Hafthaus der Jugendanstalt Hameln als Ausweichlösung für den Fall von Bauarbeiten in anderen Anstalten vorzuhalten. Dorthin habe man die im Haus 6 der JVA Hannover untergebrachten Strafgefangenen verlegt. Sie würden dort von Beamten der JVA Hannover betreut, die ihren Dienst vorerst in Hameln täten.

Das MJ habe die Sanierung des Hauses 6 als Notmaßnahme beim MF angemeldet. Nachdem der Schaden untersucht worden sei, habe das SB ein Unternehmen mit der Sanierung beauftragt. Das MJ gehe davon aus, dass das Hafthaus im ersten, spätestens im zweiten Quartal des nächsten Jahres wieder in Betrieb genommen werden könne.

*

Die Unterrichtung wird im nicht öffentlichen Teil der Sitzung fortgesetzt.

Tagesordnungspunkt 4:

Parlamentarische Informationsreise

Regierungsoberamtsrat **Gutzler** (MJ) knüpft an die Besprechung in der 24. Sitzung am 19. März 2025 an und informiert den Unterausschuss über das Programm der Informationsreise nach Norwegen Ende August 2025.
